



Bunte Stadt – Kinder, Medien und Kulturen: Internationaler Kongress der Stiftung „Lebendige Stadt“ vom 9. bis 11. September 2009 in Köln

Ideenbörse für bunte Städte

VON RALF VON DER HEIDE

„Wir wollen lebenswerte und kinderfreundliche Städte schaffen“ – mit dieser Zielvorgabe eröffnete Kuratoriumsvorsitzender Alexander Otto den neunten Europakongress der Stiftung „Lebendige Stadt“ in Köln. Unter dem Motto „Bunte Stadt – Kinder, Medien und Kulturen“ stellten dort Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur lokale Projekte zur kinderfreundlichen Stadtgestaltung, zur Mediennutzung und zur Integration von Zuwanderern vor. Kultureller Höhepunkt vor über 2.000 begeisterten Zuschauern war die Uraufführung des Kölner Domspiels von Michael Batz. Außerdem verlieh die „Lebendige Stadt“ ihren mit 15.000 Euro dotierten und von der Deutschen Bahn unterstützten Stiftungspreis zum Thema „Wege in der Stadt: Kinderfreundliche Mobilität“ an die hessische Stadt Griesheim.

Zentrales Anliegen der Kölner Konferenz „Bunte Stadt – Kinder, Medien und Kulturen“ sei der Know-how-Austausch zwischen den Kommunen und die Präsentation von Best-practice-Konzepten, sagte Stiftungsvorstand Dr. Andreas Mattner, der als Moderator durch das Kongressprogramm in den Kölner WDR-Fernsehstudios führte. Das hervorragend besetzte Teilnehmerfeld mit über 600 Teilnehmern aus 14 Ländern mache den hohen gesellschaftlichen Stellenwert der Stiftung „Lebendige Stadt“ und des Symposiums deutlich.

Der nordrhein-westfälische Bau- und Verkehrsminister Lutz Lienenkämper wies in seiner Begrüßungsansprache darauf hin, dass gerade angesichts des demografischen und strukturellen Wandels jede Stadt daran interessiert sein müsse, ein kinderfreundliches Umfeld zu schaffen. „Ich will, dass Kinder ernst genommen werden, und ich sehe Kinder als Experten in eigener Sache, die man an Planungen beteiligen sollte“, sagte der Minister. Als Beispiel nannte Lienenkämper die skandinavischen Länder. Dort stünden die Themen räumliche Wahrnehmung, Architektur und Stadtgestaltung offiziell auf dem Lehrplan. „Baukultur beginnt also schon im Kindergarten“, so Lienenkämper.

Die ehemalige Staatsministerin im Bundeskanzleramt und jetzige Hauptgeschäftsführungsvorsitzende des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft, Hildegard Müller, betonte in ihrem Impulsreferat, dass die Bedürfnisse der Kinder sich nicht losgelöst von den Bedürfnissen der Familien betrachten ließen. Deshalb wirkten auch alle Initiativen für Kinder so lange nur punktuell, wie es nicht gelinge, eine wirkliche Akzeptanz für Kinder und Familien

zu schaffen. Hier seien gelebte Vorbilder gefragt. Kinder und Familien brauchen nach Müllers Auffassung vor allem Taten und konkrete Maßnahmen: „Dieser Kongress soll Auftakt und Ideenbörse sein für kleine und große Schritte zu einem kinderfreundlicheren Land.“

„Wir wollen die kinderfreundlichste Stadt Deutschlands werden!“ Mit diesem bewusst hochgesteckten Ziel habe Stuttgart seit 2003 einen sehr erfolgreichen Entwicklungsprozess in Gang gesetzt, erklärte Stuttgarts Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster. Mit zahlreichen Instrumenten wie Bildungspartnerschaften und einem breit angelegten Netzwerk der Förderungen sei es gelungen, bürgerschaftliches Engagement und soziales Miteinander zu fördern und die Vereinbarkeit von Kind, Familie und Beruf zu verbessern. Das positive Resultat für Stuttgart, so Schuster, seien „21 Prozent mehr Kinder heute, als die Prognose von 2002 vorhergesagt hat“. Mit dem Netzwerk Cities for Children engagiere sich die baden-württembergische Landeshauptstadt außerdem auch international für mehr Kinderfreundlichkeit.

Klassenzimmer der Zukunft

In einer kinderfreundlichen Stadt müsse es auch lernfreundliche Klassenzimmer geben, meinte der Hamburger Schulleiter Andreas Wiedemann bei der Präsentation des Projekts „Klassenzimmer der Zukunft“. Gemeinsam mit den Unternehmen Philips und Caparol war für die über 40 Jahre alte Schule „In der Alten Forst“ in Hamburg-Harburg ein spezielles Licht- und Farbkonzept entwickelt worden. Nach dem Umbau könnten die Lehrer jetzt beispielsweise per Fernbedienung die Beleuchtung im Klassenraum der Unterrichtssituation und den äußeren Lichtverhältnissen anpassen, erläuterte Andreas Wente, Sprecher der Geschäftsführung von Philips Deutschland. Auch die neue Farbgestaltung der Klassenzimmer wirke sich positiv auf die Lernleistung der Kinder aus, sagte Margit Vollmert, Leiterin des Farb-Design-Studios von Caparol. Das belege auch eine begleitende Studie der Uniklinik Hamburg-Eppendorf. Ihr zufolge ist die Bewegungsunruhe um 76 zurückgegangen, die Lesegeschwindigkeit hat sich um 35 Prozent verbessert und beim Leistungstest gab es 44 Prozent weniger Fehler. „Wenn Bildung unser höchstes Gut ist, dann dürfen Licht- und Farbgestaltung in Schulen kein Luxus sein“, so Vollmerts Resümee.

Auch die Deutsche Bahn, die jährlich 90 Millionen Kinder mit Zügen und 500 Millionen Kinder mit Bussen befördert, räumt dem Thema Kinderfreundlichkeit einen hohen Stellenwert ein. Natürlich seien die Bahnhöfe nicht ausschließlich auf Kinder ausgerichtet, so Dr. André Zeug, Vorstandschef der DB Station & Service AG. Dennoch unternehme man alles, um die Bahn für Kinder attraktiv zu gestalten. Dabei sollen laut Zeug Events wie die jährliche Bahnhofstournee des Kinderkanals Kika oder der Science-Express Kinder und Jugendliche genauso ansprechen wie beispielsweise der Begleitservice für alleinreisende Kinder. Als weitere wichtige Punkte nannte Zeug die Sicherheit für Kinder, Barrierefreiheit sowie eine spezielle Schulung der Bahn-Servicemitarbeiter.

Kinderlose Stadt als Schreckgespenst

Wie kann es gelingen, unsere Städte kinder- und familienfreundlicher zu gestalten? Darum ging es in der von Stuttgarts Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster geleiteten Podiumsdiskussion, an der auch die beiden NRW-Landessieger des Wettbewerbs „Jugend debattiert“ teilnahmen. Die Schülerin Nina-Carolin Krumnau forderte mehr Sicherheit in Bussen und Bahnen sowie auf öffentlichen Plätzen. Um Kinder und Jugendliche wieder in die Stadt zu holen, müssten mehr Spielplätze in der Innenstadt geschaffen werden. Zur Pflege der Flächen

regte die Schülerin beispielsweise Spielplatzpatenschaften an. Für den Schüler Sebastian Bock sind Mitbestimmung und Beteiligung von Kindern ein zentrales Anliegen. Darüber hinaus sprach er sich für gezieltere Bildungsangebote im Unterricht aus. Ein Schüler solle außerdem auf jeden Fall diejenige Schule besuchen können, die seine Talente am besten fördere.

Bürgermeister Hubert Bruls aus dem niederländischen Venlo beklagte, dass eine Stadtverwaltung mit Problemen wie Jugendarbeitslosigkeit, Szenenbildung und Jugendkriminalität überfordert sei. Außerdem fehle es oftmals auch an Toleranz zwischen den Generationen. „Aber wir können nicht vorschreiben, wie ein Bürger zu leben hat“, beschrieb Bruls das Dilemma der Kommunen. Bei der Schaffung von kinder- und familienfreundlichen Verhältnissen sieht Fraport-Arbeitsdirektor Herbert Mai auch die Arbeitgeber in einer gesellschaftlichen Mitverantwortung. Sie könnten beispielsweise durch flexible Arbeitszeiten und Kinderbetreuungsangebote einen wichtigen Beitrag leisten.

Einen weiteren Aspekt der kinder- und familienfreundlichen Stadtgestaltung brachte Dr. Daniel Arnold, Vorstand der Deutsche Reihenhäuser AG, in die Diskussion ein. Er beklagte, dass Deutschland bei der Wohneigentumsquote mit nur 43 Prozent europaweit ganz am Ende stehe. Deshalb müsse es die Aufgabe sein, in der Stadt bezahlbaren Wohnraum für Familien mit Kindern zu schaffen. Außerdem nannte Arnold einen zusätzlichen Effekt: „Eigentümer passen auf den öffentlichen Raum um sich herum besser auf.“ In diesem Zusammenhang forderte Dr. Frank Hanser, Geschäftsführer der Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft, Kindern und Familien bei der integrierten Stadtentwicklungsplanung stärker zu beachten. Um das Thema aktiv anzugehen, bräuchten die Kommunen allerdings mehr Fördermöglichkeiten zur Finanzierung, forderte Hanser.

Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung plädierte für ein lokales Bündnis für Familien – unter Einbeziehung von Wirtschaft, Politik, Verwaltung, Vereinen, Verbänden und klassischen Jugendhilfeträgern. Nur so könne man eine Stadt stärker auf Kinder, Jugendliche und Familien ausrichten. „Wir alle sollten uns das Schreckgespenst vor Augen führen, was es heißen würde, eine Stadt ohne Kinder zu erleben“, so Jungs eindringlicher Appell.

„Wer nicht dabei ist, verliert“

Im zweiten Themenschwerpunkt befassten sich die Teilnehmer der Kölner Städtekonferenz mit modernen Medientechnologien und großformatigen Werbeträgern im öffentlichen Raum. Prof. Dr. Karlheinz Brandenburg, Leiter des Fraunhofer Instituts für digitale Medientechnologie, unterstrich, dass das digitale Zeitalter gerade erst begonnen habe und die Möglichkeiten der neuen Medien noch lange nicht ausgeschöpft seien. So sei beispielsweise E-Government nicht nur etwas für Technikverliebte, sondern eine Notwendigkeit für die Zukunft. „Wer nicht dabei ist, verliert“, warnte Brandenburg vor einer digitalen Spaltung der Gesellschaft. Deshalb müssten die Schwellen abgebaut und die einfache Nutzbarkeit zum obersten Kriterium gemacht werden.

In unseren Städten kaum zu übersehen sind großformatige Werbeplakate. Obwohl Städte damit erhebliche Zusatzeinnahmen generierten, sei diese Werbeform – im Vergleich zu Asien und Südamerika – in Deutschland noch geradezu dezent und zurückhaltend, sagte Dr. Franziska Lehmann, die in der Schriftenreihe der Stiftung „Lebendige Stadt“ ihre Doktorarbeit zu diesem Thema veröffentlicht hat („Public Space – Public Relations“, Frankfurter Societätsverlag). Dennoch sei großformatige Werbung auch hierzulande in fast jedem Stadtbild präsent

und an manchen Orten auch dominant. Deshalb sieht Lehmann Steuerungsbedarf: „Die Stadt hat die Wahl, wie viel öffentliche Werbung sie braucht und verträgt.“

Strategie des Dialogs und Verhandels

Die Stadt München setze in der Frage großflächiger Werbeanlagen auf eine Strategie des Dialogs und Verhandels, sagte Münchens Stadtbaurätin Prof. Dr. Elisabeth Merk: „Wir haben bewusst keine Werbesatzung in der Stadt erlassen.“ Stattdessen habe man Richtlinien erarbeitet, die man gemeinsam mit den Akteuren der Werbewirtschaft diskutiert und dem Stadtrat vorgestellt habe. Das Motto in München laute: „Qualität für die Stadt durch Dialog über die Stadt“, so Merk. Mit dem Thema „Wie viel Werbung verträgt die Stadt?“ wird sich auch ein Know-how-Austausch der Stiftung „Lebendige Stadt“ beschäftigen, der am 17. November 2009 im Römer in Frankfurt am Main stattfindet.

Nach Auffassung von Morten Carlsson, Vorstandschef der Procon Multimedia AG, gehört Außenwerbung die Zukunft, „weil man sich anderen Werbeformen wesentlich leichter entziehen kann“. Eine besondere Bedeutung komme dabei der Digital-Signage-Technologie zu, den digitalen Werbe- und Informationsplakaten, deren Inhalte ständig flexibel aktualisiert werden können. Auch Architekten nutzten diese neuen Möglichkeiten für gestalterische und funktionale Zwecke. Carlsson zufolge ist die Diskussion über Medien im urbanen Bereich keine technologische Debatte, sondern eine inhaltliche. „Aufzuhalten ist diese Entwicklung wohl kaum – es kommt jetzt darauf an, Regeln zu schaffen und deren Anwendung dauerhaft zu prüfen“, so Carlssons Fazit.

„Wer bezahlt Qualitätsjournalismus?“

Über Auftrag und Verantwortung der Medien diskutierte eine Gesprächsrunde unter Leitung von Musical-Produzent Maik Klokow. Laut WDR-Hörfunkdirektor Wolfgang Schmitz sollte Radio einem neugierigen, interessierten Publikum einen Mehrwert bieten: „Radio ist ein Medium, das über den Bauch funktioniert, es muss die Emotionen erreichen.“ Allerdings müsse dringend an den bestehenden Programmen gearbeitet werden, da vor allem das junge Publikum zunehmend wegbleibe, so Schmitz. Der Verleger Konstantin Neven DuMont beklagte die „Umsonstkultur“, insbesondere im Internet. Da stelle sich die Frage, wer in Zukunft eigentlich Qualitätsjournalisten bezahle? „Für eine lebendige Demokratie brauchen wir Meinungsbildung vor Ort“, mahnte Neven DuMont. Das bestätigte auch Ludwigshafens Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse: Eine Stadt sei angewiesen auf eine vertrauensvolle und verantwortungsvolle Partnerschaft mit den Medien. Denn keine Entscheidung sei so gut, dass sie den Bürgern mit einer schlechten Kommunikation vermittelt werden könne.

Der Geschäftsführer der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Dr. Roland Gerschermann, betonte in diesem Zusammenhang, dass es darum gehe, die Menschen entscheidungsfähig zu machen, damit sie am politischen Prozess teilhaben könnten. Auch Stuttgarts Kinderbeauftragte Roswitha Wenzl sieht die Medien als wichtige Begleiter in politischen Prozessen. Als man 2003 in Stuttgart mit dem Projekt „Kinderfreundliche Stadt“ begonnen habe, sei es um einen Paradigmenwechsel in den Köpfen der Menschen gegangen. Allerdings erinnerte Wenzl auch an die Pflichten der Kommunen im Bildungsbereich: Medienkompetenz sei wichtig. Es gelte, „Jugendliche dafür kritisch fit zu machen“. Auf dem Weg zu einem Medienhaus sieht sich Daniel Wall, Vorstandschef der Wall AG, die auf die Entwicklung und Produktion von Stadtmöbeln und die Vermarktung hinterleuchteter Werbeflächen spezialisiert ist. Wenn die

Werbeflächen elektronisch seien, könne man „nicht nur Werbung darauf spielen, sondern auch spezielle Inhalte für die Menschen in der Stadt generieren“, so Wall.

Auch die Finanz- und Wirtschaftskrise war Thema auf der Kölner Städtetagung. Für Stefan Brendgen, Vorstand der Allianz Real Estate, ist die Finanzkrise ein Zeichen dafür, „wie Partikularinteressen einer Minderheit zu Schaden für die große Mehrheit führen können“. In Zukunft komme es darauf an, sich mit Verantwortungsbewusstsein, Verstand und Innovationsgeist, weit über die konkrete Planungsaufgabe hinaus, der Stadtentwicklung zu widmen. Dabei dürfe man sich „nicht von Überhitzungen und kurzfristigem Profit vereinnahmen lassen“, forderte Brendgen.

Ausflug ins All mit Astronaut Thomas Reiter

Eine ganz andere Sicht auf unseren Planeten vermittelte der Astronaut Thomas Reiter mit seinem Vortrag „Faszination Raumfahrt – ALLtag für die Erde und den Menschen“. Reiter, der zu den erfahrensten Astronauten Europas zählt und Vorstand des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt in Köln ist, unterstrich die Bedeutung der Raumfahrt für Innovationen in vielen Bereichen: „Ich denke, wir brauchen bei uns im Land Jungen und Mädchen, die sich für Natur- und Ingenieurwissenschaften interessieren. Als Industrienationen sind wir darauf angewiesen.“

Ministerpräsident Rüttgers will Innenstädte fördern

Möglichkeiten zu einem informellen Gedankenaustausch und zu einem Dialog zwischen Politik, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft bot das Straßenfest in den Kulissen der WDR-Kultserie „Lindenstraße“ mit Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers und Kölns Oberbürgermeister Fritz Schramma. Dort kündigte Ministerpräsident Rüttgers in seiner Rede ein Förderprogramm zur Wiederbelebung der Innenstädte an. Es richte sich an alle Kommunen und solle ab Januar 2010 anlaufen.

Kultur hält die Gesellschaft zusammen

„Kulturelle Identität – die Herausforderung an die Städte“ – so das Thema des Impulsreferats, mit dem Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert den zweiten Konferenztag eröffnete. Lammerts These: Ohne ein Mindestmaß an Verbindlichkeiten und Gemeinsamkeiten habe keine Gemeinschaft Bestand. Das gelte für kleine Gemeinschaften wie Familien genauso wie für größere Gemeinschaften wie Städte oder ganze Gesellschaften. Lammert: „Es ist eine aberwitzige Vorstellung zu glauben, dass der richtige Hinweis darauf, dass die Menschen verschieden sind, dass sie unterschiedliche Erfahrungen gemacht haben, dass sie unterschiedliche Interessen haben und dass sie unterschiedliche Auffassungen haben dürfen – dass dieser richtige Hinweis ausreicht, um den Zusammenhalt einer Gemeinschaft zu stiften.“ Der wichtigste und gleichzeitig komplizierteste Faktor zur Stiftung von Gemeinschaft, so Lammert, sei Kultur – als Sammelbegriff für Orientierungen, Traditionen und Erfahrungen, die eine Gesellschaft über lange Zeit mit sich selbst gemacht habe. Die Kultur sei es, die eine Gesellschaft im Innern zusammenhalte, nicht die Wirtschaft. „Über die Bewohnbarkeit unserer Städte entscheidet vor allem ihr kulturelles Profil. Dieses Profil muss gekennzeichnet sein durch eine Balance zwischen Multikulturalität und Identität“, so Lammerts Fazit.

Alan Rudge, Stadtrat für Arbeit und Gleichstellung in Birmingham, erläuterte am Beispiel des „Birminghamer Modells“, wie sich Vielfalt für die Kreativität und Innovationskraft einer

Stadt nutzen lässt. Birmingham, wo 30 Prozent der rund 1,1 Millionen Einwohner ethnischen Minderheiten angehören, verstehe sich als eine Stadt mit vielen Gemeinschaften, die aber allesamt auf Augenhöhe respektvoll und freundschaftlich miteinander umgingen, so Rudge. Wichtig für den Zusammenhalt seien vielfältige Vernetzungen und Verbindungen der Bevölkerungsgruppen untereinander. Tragende Säulen seien dabei der Glaube, die Familie und die Freundschaft. „Vielfalt bringt Vorteile für alle und kann die Demokratie stärken“, sagte Rudge.

Unternehmen und Kommunen stehen hinsichtlich Globalisierung und demografischem Wandel vor ähnlichen Herausforderungen – so die These von Dr. Uwe Franke, Vorstandschef der Deutschen BP. Gefragt sei die Kreativität vielfältiger Talente, um neue Chancen und Möglichkeiten zu schaffen. Franke: „Offenheit erhöht die Attraktivität der Stadt. Und Offenheit stärkt die Stadt im globalen Wettbewerb als Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturstandort.“ Es liege also im eigenen Interesse der Städte, soziale und kulturelle Vielfalt für den gemeinsamen Erfolg zu nutzen, betonte Franke, der 2006 die Unternehmensinitiative „Charta der Vielfalt“ gegründet hat. Unter den mehr als 640 Unterzeichnern der Charta befinden sich inzwischen auch 19 Städte, die zu einer Kultur der Vielfalt bekennen. „Sie alle haben den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Nutzen von Vielfalt erkannt“, so Franke.

"Die Dosis muss stimmen"

Wann wird Vielfalt zum Risiko?" Zu diesem Thema berichtete Heinz Buschkowsky, Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln, einem Stadtteil mit 300.000 Einwohnern - etwa 40 % davon mit Migrationshintergrund. Für Buschkowsky ist klar: "Vielfalt ist kein Problem - im Gegenteil." Erst wenn die Dosis nicht stimmt, wenn sich Monokulturen entwickelten, Milieus der Bildungsferne, dann entstünden gesellschaftliche und soziale Probleme wie diese: 25 Prozent der Kinder in Neukölln kämen mit sanierungsbedürftigem Gebiss zur Einschulung, jedes 3. Kind habe keine oder kaum deutsche Sprachkenntnisse, in Neukölln-Nord sei dies sogar bei jedem 2. Kind der Fall. Hier bezögen je nach Wohngebiet zwei Drittel bis drei Viertel aller Kinder Hartz IV. Neukölln habe Schulen, in denen 90 Prozent der Eltern von der Zahlung bei den Lernmitteln befreit seien.

Das heißt, in einer solchen Schule würde so gut wie kein Elternteil mehr arbeiten gehen. Erwerbsleben spiele im Alltag zu Hause überhaupt keine Rolle, es sei weder Vorbild noch Motivation. Es fände in der Sozialisation der Kinder einfach nicht statt. So würden auch die Perspektiven der Kinder früh vorgezeichnet, sagte Buschkowsky. Von den jährlich rund 2.600 Schulabgängern in Neukölln habe die Hälfte entweder gar keinen oder nur einen Hauptschulabschluss, in Nord-Neukölln würden diese Werte bei den Migrantenkindern bis zu 70 Prozent erreichen.

Die Folge einer solchen Entwicklung sei ethnische und soziale Segregation: "Die, die sich's leisten können, ziehen weg. Die bildungsorientierte Migrantenfamilie ist die erste, die mit dem Möbelwagen abstimmt." Dabei würden gerade diese Familien gebraucht, um Zugang zu bekommen, um tradierte Rollen und Riten aufzubrechen.

Andere Länder seien bei der Integration deshalb erfolgreicher, glaubt Buschkowsky, weil sie statt in die Förderung der Eltern mehr in die Infrastruktur der Kinder investierten, beispielsweise in Krippen- und Kindergartenplätze sowie in die Ausstattung von Schulen. "Wenn wir wollen, dass unsere Städte Vielfalt bewahren und Vielfalt entwickeln, dann müssen wir darauf achten, dass unsere Städte im mitteleuropäischen Kontext bleiben", warnte Buschkowsky. Dazu gehöre die Gleichheit der Geschlechter, die Gewaltfreiheit der Erziehung und das Selbstbestimmungsrecht jedes Einzelnen.

Lebendiger Prozess

Um Integration ging es auch in der von der Journalistin Ferdos Forudastan geleiteten Podiumsdiskussion. Darin sprach sich Kölns Baudezernent Bernd Streitberger bei der Integrationspolitik für einen Wechsel von der Projekt- zur Regelpolitik aus. „Wir haben ganz erhebliche Steuerungspotenziale in diesen Fragen – Stadtentwicklung und Stadtplanung können hier aktiv werden und einwirken“, sagte Streitberger. So gelte es beispielsweise den Wohnungsbau intelligent zu steuern.

„Migrantenbiografien dürfen nicht dem Zufall überlassen werden!“, so der Appell der deutsch-türkischen Schriftstellerin Hatice Akyün, die Anfang der 70er Jahre als Dreijährige mit ihren Eltern nach Duisburg-Marxloh kam. „Ich bin damals als Bergmannstochter in Marxloh aufgewachsen. In der Bergarbeitersiedlung haben Türken, Polen und Deutsche zusammengelebt“, sagte Akyün. Die Andersartigkeit sei damals nicht negativ behaftet gewesen. Das habe sich heute allerdings grundlegend geändert – auch aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit. Heute sei ein Rückzug in die Parallelgesellschaft zu beobachten – ohne Kontakt zu den Deutschen. Dadurch und durch mangelnde Sprachkenntnisse werde den Kindern der Blick in die Mehrheitsgesellschaft versperrt.

Für Weihbischof Dr. Heiner Koch vom Erzbistum Köln ist es ein „lebendiger Prozess, wie die verschiedenen Religionen miteinander in Austausch kommen“. So gäbe es im Erzbistum Köln 36 fremdsprachige Gemeinden und 140 Pfarrer, die nicht Deutsche seien. Sie alle brächten ihre kulturellen Erfahrungen mit ein. „Der Prozess des Miteinanders ist ein anstrengender Prozess, der nie abgeschlossen sein wird. Doch es gibt viel Verbindendes“, sagte Koch.

Sport als Integrationsmotor

Integration werde nirgendwo sonst so einfach und so unaufgeregt praktiziert wie in den 91.000 Sportvereinen in Deutschland, sagte der Generaldirektor des Deutschen Olympischen Sportbundes, Dr. Michael Vesper. Sport im Verein sei unverzichtbar, beispielsweise aufgrund seiner sozialen Bindungswirkung oder der Vermittlung von Werten wie Fairness, Leistung und Miteinander. Eine Stadt, die die Kraft des Sports für das eigene Stadtmarketing, für das Selbstbewusstsein der Stadtbewohner und für wirtschaftlichen Fortschritt nutzen wolle, müsse ihn allerdings nicht nur in der Spitze fördern, sondern ihn in seiner ganzen Breite im Blick haben, so Vesper.

Liverpools Stadtoberhaupt Mike Storey berichtete, welche Erfahrungen die britische Hafenstadt im vorigen Jahr als Europäische Kulturhauptstadt sammeln konnte. Storeys Botschaft: „Wir haben es als Chance gesehen, die sozialen Verhältnisse der Stadt nachhaltig zu verbessern.“ Liverpool habe bei allen Planungen und Programmen immer die Bürger aktiv mit einbezogen. So hätten sich beispielsweise 160.000 Liverpooler an kulturellen Nachbarschaftsprojekten beteiligt. Liverpool sei zum drittbekanntesten Touristenziel im Lande geworden – nach London und Edinburgh. „Wir glauben, dass man mit Kultur eine Stadt erneuern kann“, so Storey.

Zum Abschluss der Kölner Städtekonferenz wies der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Peter Altmaier, darauf hin, dass das Zeitalter der Mobilität gerade erst beginne. Migration werde in Zukunft zu einem selbstverständlichen Teil einer modernen und entwickelten Gesellschaft. Deshalb sei es unerlässlich, eine gesamtgesellschaftliche Debatte darüber zu führen, welche Gesellschaft wir anstreben. Der Staat und die Kommunen

könnten dabei die Rahmenbedingungen setzen und beispielsweise Sprache und Bildung vermitteln. Allerdings sollten Altmaier zufolge keine Parallelgesellschaften angestrebt werden. „Und zwar nicht nur im Interesse der sogenannten Mehrheitsgesellschaft, sondern in erster Linie auch im Interesse der Zuwanderer selbst.“ Ziel sollte *eine* Gesellschaft mit ganz unterschiedlichen kulturellen Identitäten sein, sagte Altmaier.

Uraufführung des Domspiels

Zum Auftakt der Konferenz „Bunte Stadt – Kinder Medien und Kulturen“ erlebten die Kongressteilnehmer am Mittwochabend die Uraufführung des Kölner Domspiels von Michael Batz. Insgesamt mehr als 2.000 begeisterte Zuschauer verfolgten vor der imposanten Kulisse des Kölner Doms die 90-minütige Open-Air-Darbietung mit 18 Künstlern, Live-Gesang und Musik von Klassik bis Pop. Erstmals seit seiner Einweihung im Jahre 1880 stand der Dom dabei im Mittelpunkt eines Schauspiels.

Stiftungspreis-Verleihung 2009

Zuvor hatte die Stiftung „Lebendige Stadt“ – ebenfalls am Mittwochabend – ihren mit 15.000 Euro dotierten und von der Deutschen Bahn unterstützten Stiftungspreis zum Thema „Wege in der Stadt: Kinderfreundliche Mobilität“ verliehen. Gewinner des diesjährigen Wettbewerbs ist die hessische Stadt Griesheim mit ihrem Projekt „Die beispielbare Stadt“. Eine Fachjury unter Vorsitz des Düsseldorfer Architekten Hermann Henkel wählte das Griesheimer Konzept aus insgesamt 119 eingereichten Bewerbungen aus. Anerkennungen gingen nach Kiel, Kaiserslautern und Oberursel. Preiswürdig waren Konzepte und Vorhaben, die zur Sicherheit und Mobilität von Kindern im öffentlichen Verkehr beitragen.

Überreicht wurde der Stiftungspreis vor mehr als 1.000 Gästen im Kölner Gaffel vom Vorsitzenden des Kuratoriums der Stiftung „Lebendige Stadt“, Alexander Otto, im Beisein des Staatssekretärs im Bundesverkehrsministerium, Prof. Dr. Engelbert Lütke Daldrup, und des Marketingbereichsleiters des Bahnunternehmens DB Stadtverkehr GmbH, Alexander Möller. „Die prämierten Konzepte zeichnen sich durch ihren Vorbildcharakter aus und sind als Best-practice-Beispiele zur Nachahmung für andere Kommunen bestens geeignet“, sagte Alexander Otto, Kuratoriumsvorsitzender der Stiftung „Lebendige Stadt“.

Weitere Informationen zum Kölner Kongress „Bunte Stadt“ und zum Stiftungspreis gibt es im Internet unter: www.lebendige-stadt.de.